



Ausgabe 05/2018

Bundesverfassungsgericht bestätigt uneingeschränkt das Streikverbot für Beamte

Der dbb Hessen begrüßt die Bestätigung des Streikverbots für Beamte durch das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich!

Das BVerfG hat mit seiner Entscheidung vom 12. Juni unsere Rechtsauffassung zum Beamtenstatus und dem zwingend dazu gehörenden Streikverbot uneingeschränkt bestätigt.

Damit ist der Versuch, an den Grundfesten des Berufsbeamtentums zu rütteln, glücklicherweise gescheitert. Eine andere Entscheidung hätten wir auch als sehr problematisch angesehen.

Es gibt nun einmal aus guten Gründen zwei Beschäftigtengruppen im Öffentlichen Dienst.

Und eine davon, nämlich die Gruppe der Beamten, hat für das uneingeschränkte Funktionieren der Verwaltung zu stehen, und zwar auch in Zeiten von Arbeitskämpfen oder in Krisenzeiten des Staates, wovon die Bürgerinnen und Bürger gerade dann besonders profitieren.

Dafür hat sich über viele Jahrzehnte ein austariertes Verhältnis aus Rechten und Pflichten der Beamten

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
in dieser Ausgabe lesen Sie:

- Urteil BVerfG zum Streikverbot
- Gespräch SPD-Fraktion
- 2. Dienstrechtsänderungsgesetz in Kraft
- Konstituierende Sitzung / Klausur Landesleitung
- 60. Geburtstag Sonja Waldschmidt
- Gespräch FDP-Fraktion
- 60. Geburtstag Richard Thonius
- dbb Bundesvorstand und Bundeshauptvorstand in Hamburg
- Gewerkschaftstag DSTG Hessen
- Infrastrukturgesellschaft Bundesautobahnen und Bundesstraßen

Ich wünsche Ihnen eine gewinnbringende Lektüre und grüße Sie herzlich!

Heini Schmitt
Landesvorsitzender

herausgebildet. Ein wesentlicher Grundpfeiler davon ist das Streikverbot. Hebt man es auf, führt man das ganze System ad absurdum.

Dass die vier Kläger/innen den Versuch unternahmen, das Streikverbot für Lehrer aufzuheben, musste nach unserer Auffassung scheitern, denn ein Differenzieren zwischen offenbar „wichtigen Beamten“ und „weniger wichtigen Beamten“ hätte einen Prozess ausgelöst, den am Ende niemand wirklich sinnvoll hätte ausgestalten können.

Das Urteil hat mittelbar durchaus auch Auswirkungen auf zentrale Fragen der amtsangemessenen Alimentation.

Wir fügen hier den Link zur entsprechenden Pressemeldung des BVerfG ein:

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2018/06/rs20180612_2bvr173812.html;jsessionid=F8D3A1A6B34BDD54434E5BCA03DCD8DF.2_cid392

.....

Gespräch mit der SPD-Fraktion

Am 8. Mai fand ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD, **Thorsten Schäfer-Gümbel**, der innenpolitischen Sprecherin, **Nancy Faeser**, und dem parlamentarischen Geschäftsführer, **Günter Rudolph**, im Hessischen Landtag statt.

Seitens des dbb Hessen nahmen neben dem Landesvorsitzenden Heini Schmitt die stellvertretenden Landesvorsitzenden **Thomas Müller**, **Reinhold Petri** und **Michael Volz**, sowie der Vorsitzende der Seniorinnen- und Seniorenvertretung, **Helmut Deckert**, am Gespräch teil.

Wichtige Fragen und drängende Probleme des Öffentlichen Dienstes in Hessen wurden erörtert.

Der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel bot dem dbb Hessen ausdrücklich die Zusammenarbeit bei der Gestaltung der Zukunft des Öffentlichen Dienstes in Hessen an.



Helmut Deckert, Thorsten Schäfer-Gümbel, Heini Schmitt, Nancy Faeser, Michael Volz, Reinhold Petri (v. li. n. re.); Foto: Thomas Müller
Nicht auf dem Foto: Günter Rudolph, Thomas Müller

.....

2. Dienstrechtsänderungsgesetz in Kraft; Höhere Ämter für Konrektorinnen und Konrektoren an den Grundschulen; Anregungen des dbb Hessen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf in der Beihilfe umgesetzt

Am 9. Mai 2018 fand im Hessischen Landtag die mündliche Anhörung zu Gesetzentwurf für ein Zweites Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften statt (Drucks. 19/6076). Schwerpunkt der vorge-

sehen Dienstrechtsänderung ist neben der Anhebung der Ämter der Konrektorinnen und Konrektoren im Grundschulbereich die Übertragung der Regelungen des Gesetzes zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf auf den Bereich der hessischen Beamtinnen und Beamten. Diese Forderung haben die dbb Frauenvertretung Hessen und der dbb Hessen bereits seit langer Zeit platziert und in diversen Schreiben und Gesprächen mit dem Hessischen Innenministerium weiterverfolgt.

Im Rahmen der mündlichen Anhörung konnten der stellvertretende Landesvorsitzende **Reinhold Petri** und die Vorsitzende der dbb Frauenvertretung Hessen, **Sonja Waldschmidt**, die Gelegenheit wahrnehmen, die Position des dbb und die im Vorfeld abgegebene schriftliche Stellungnahme nochmals zu erläutern und zu vertiefen. Auch die Abteilung I des Hessischen Innenministeriums, die federführend den Gesetzentwurf erarbeitet hatte, wohnte der Anhörung bei.



Die Abteilung I des HMdIS mit Karin Elsässer, Christoph Malachinski, Abteilungsleiter Stephan Gortner und Jutta Döbelmann mit Reinhold Petri (links) und Sonja Waldschmidt (2. von rechts)

Mittlerweile ist das Gesetz verabschiedet und im GVBl. Nr. 12 vom 29.6.2018 verkündet. In der endgültigen Fassung wurden unsere Anregungen hinsichtlich der Beihilferegulungen aufgenommen und damit sichergestellt, dass auch bei einer Freistellung zur Begleitung eines nahen Angehörigen in der letzten Lebensphase ein Beihilfeanspruch bestehen bleibt.

.....

Konstituierende Sitzung und Klausurtagung der Landesleitung am 22. und 23. Mai in Frankfurt

Wenige Tage, nachdem die Landesleitung des dbb Hessen auf dem Gewerkschaftstag am 15. Mai im Amt bestätigt worden war, fanden die konstituierende Sitzung und eine Klausurtagung in Frankfurt a. M. statt.

Der Gewerkschaftstag wurde nachbereitet und es wurden z. T. veränderte Aufgabenstellungen der einzelnen Mitglieder der Landesleitung besprochen sowie die notwendigen Festlegungen zur Umsetzung der Beschlüsse des Gewerkschaftstags getroffen.

.....

Sonja Waldschmidt feiert 60. Geburtstag

Am 4. Juni gab es anlässlich des 60. Geburtstags (am 2. Juni) der Vorsitzenden der Frauenvertretung des dbb Hessen, **Sonja Waldschmidt**, einen Empfang der DSTG Hessen im Finanzamt Gießen.

In diesem Rahmen würdigten u. a. Oberfinanzpräsident **Jürgen Roßberg** und DSTG-Landesvorsitzender **Michael Volz** die überragenden Verdienste der Kollegin.

Heini Schmitt war zu Gast und übermittelte die besten Wünsche im Namen der Landesleitung des dbb Hessen.

.....

Gespräch mit der FDP-Fraktion

Am 6. Juni fand ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion der FDP, **René Rock**, und dem innenpolitischen Sprecher der Fraktion, **Wolfgang Greilich**, statt.

Seitens des dbb Hessen nahmen neben dem Landesvorsitzenden Heini Schmitt die stellvertretenden Landesvorsitzenden **Thomas Müller**, **Reinhold Petri**, **Birgit Kannegießer** und der Vorsitzende der

Seniorinnen- und Seniorenvertretung, **Helmut Deckert**, am Gespräch teil.

Wichtige Fragen und drängende Probleme des Öffentlichen Dienstes in Hessen wurden erörtert.

Auch die Herausforderungen durch die Digitalisierung wurden intensiv beraten.



Helmut Deckert, Birgit Kannegießer, René Rock, Heini Schmitt, Reinhold Petri
Nicht auf dem Foto: Wolfgang Greilich, Thomas Müller Foto: Thomas Müller

.....

Richard Thonius feiert 60. Geburtstag

Am 9. Juni lud der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb Hessen und Landesvorsitzende der komba Hessen, **Richard Thonius**, anlässlich seines 60. Geburtstags (5. Juni) zur Feierstunde ins Kolpinghaus in Fulda ein.

Neben vielen Mitgliedern der Landesleitung des dbb Hessen war Heini Schmitt zu Gast und übermittelte die besten Wünsche in Namen der Landesleitung des dbb Hessen.

.....

dbb Bundesvorstand und Bundeshauptvorstand tagten in Hamburg

Am 18. und 19. Juni tagten der Bundesvorstand und der Bundeshauptvorstand des dbb beamtenbund und tarifunion in Hamburg.

Vor allem das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Streikverbot für Beamte, aber auch Themen wie die Wahlfreiheit zur Krankenversicherung für Beamte in Hamburg,

die Digitalisierung und die EU-Datenschutzgrundverordnung fanden sich auf der Tagesordnung.

Heini Schmitt (Mitglied im Bundesvorstand und im Bundeshauptvorstand) und **Richard Thonius** (Mitglied im Bundeshauptvorstand) nahmen für den dbb Hessen teil.

.....

Gewerkschaftstag der DSTG Hessen

Am 18. und 19. Juni fand in den Räumen der Hochschule für Finanzen und Rechtspflege in Rotenburg a. d. F. der Gewerkschaftstag der DSTG Hessen statt.

Michael Volz, zugleich stv. Landesvorsitzender des dbb Hessen, wurde mit 92 Prozent der Delegiertenstimmen im Amt des Landesvorsitzenden der DSTG Hessen bestätigt.

Sonja Waldschmidt, zugleich Vorsitzende der Frauenvertretung des dbb Hessen, wurde im Amt der stv. Landesvorsitzenden der DSTG Hessen ebenfalls eindrucksvoll bestätigt.

Julia Hott, Mitglied des Landesvorstands des dbb Hessen, wurde zur neuen Geschäftsführerin der DSTG Hessen gewählt.

Zu Gast bei der Veranstaltung war auch der stv. Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion und Bundesvorsitzende der DSTG, **Thomas Eigenthaler**, der ein Grußwort sprach.

Heini Schmitt war zu Gast und sprach ebenfalls ein Grußwort.

Wir gratulieren dem neuen Vorsitzenden, wünschen ihm weiter viel Erfolg und freuen uns auf die weitere, gute Zusammenarbeit!

.....

Infrastrukturgesellschaft Bundesautobahnen und Bundesstraßen; dbb fordert konkrete Zusagen ein

Am 21. Juni kam es mit Vertretern des Landes Hessen im Hessischen Verkehrsministerium zu einem erneuten, konkretisierenden Gespräch.

Die Kommission des dbb beamtenbund und tarifunion, u. a. bestehend aus den Kollegen **Hermann-Josef Siebigtheroth** (stellvertretender Vorsitzender der Bundestarifkommission des dbb und VDStr.-Bundesvorsitzender), **Heinrich Roßkopf** (Vorsitzender des Tarifausschusses des dbb Hessen) und **Jörg Thiemann** (stellvertretender Landesvorsitzender der VDStr.), hat den Vertretern des Hessischen Innenministeriums, des Hessischen Verkehrsministeriums und von Hessen Mobil erneut die Befürchtungen der betroffenen Beschäftigten vorgetragen.

Insbesondere nach der Bekanntgabe des bisherigen Standortkonzeptes für die Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesstraßen (IGA) durch den Bundesverkehrsminister sind die Befürchtungen noch größer geworden. Grund hierfür: Für Hessen war keine Niederlassung vorgesehen! Im endgültigen Standortkonzept muss das anders sein!

Vor diesem Hintergrund erneuerten die Kollegen Siebigtheroth und Roßkopf die Forderung nach umfassender Absicherung der Beschäftigten. Dies betrifft unter anderem den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, eine Standortsicherung und einen Versetzungsschutz. Zudem forderte Roßkopf ein Rückkehrrecht bei künftigen PPP-Projekten.

Der dbb erinnerte an die Zusage der Hessischen Landesregierung, die Interessen der Beschäftigten in den Vordergrund zu stellen. Das könne jetzt sofort durch die entsprechende rechtsverbindliche Garantie in Form eines Tarifvertrages zum Schutz der betroffenen Beschäftigten geschehen.

Das Land signalisierte Verständnis für die Forderung nach schützenden Regelungen, stellte jedoch die Form in Frage.

Die Gespräche sollen nun nach weiteren internen Besprechungen Anfang August 2018 in Wiesbaden fortgesetzt werden.

.....

Frankfurt a. M., 17. Juli 2018

Impressum

Herausgeber:



dbb
beamtenbund
und tarifunion
Landesbund Hessen

Verantwortlich (V.i.S.d.P.):

Landesvorsitzender Heini Schmitt

Landesgeschäftsstelle:

Eschersheimer Landstraße 162

60322 Frankfurt am Main

E-Mail: mail@dbbhessen.de

Telefon: 069 281780; **Fax:** 069 282946

Internet: www.dbbhessen.de

**Nachdruck - auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe gestattet**